

Oderberger Zeitung

und Wochenblatt



Inserationspreis

Grundzahl für die einfache Zeitzeile oder deren Raum 20 Rpf., für die Reklame 60 Rpf., Inserate werden bis 11 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten, größere Inserate entsprechend früher.

Druck u. Verlag von B. Feistel Oderberg (Mark)

Postfachkonto: Berlin 31711

Ersteit
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag resp. am Abend vorher. Bezugspreis durch die Geschäftsstelle mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“ für den Monat 1,10 Reichsmark. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Verantwortlicher Redakteur Ernst Feistel.

Fernsprecher Nr. 157.

Öffentlicher Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Oderberg und Umgegend.
Mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen

Nr. 112.

Sonnabend, den 15. Juli 1933.

Jahrg. 60

Große Rede Hitlers

vor den Gauleitern und Treuhändern.

Die Reichspressstelle der NSDAP. teilt mit: Der Führer sprach zu den in der Reichsleitung versammelten Gauleitern, Treuhändern der Arbeit und Landesobleuten der Betriebszellenorganisation über politische und wirtschaftliche Fragen. Die Tagung wurde geleitet vom Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß. Anwesend waren u. a. auch Reichswirtschaftsminister Schmitt und Reichsarbeitsminister Selbke.

In seiner zweieinhalbstündigen großen Rede brachte Adolf Hitler einleitend zum Ausdruck, daß die gewaltige umwälzende Zeit, in der wir leben, für unser Volk von reichstem Segen sein werde, wenn die weitere Entwicklung und Aufbauarbeit ebenso planmäßig verlaufe wie die Vorbereitung und Durchführung der nationalsozialistischen Revolution bisher. Im Besitze der Macht, die uns niemand mehr nehmen könne, seien wir in der Lage, nunmehr auch die gesamte kommende Entwicklung zu übersehen und planmäßig zu bestimmen.

„Wir haben durch den Kampf das Land erobert, jetzt müssen wir es durch Frieden besetzen.“

Die politische Macht habe man schnell und in einem Zuge erobert, auf dem Gebiete der Wirtschaft aber wären andere Entwicklungsgesetze maßgebend.

Hier müsse man Schritt für Schritt vorwärtsgen, ohne das Bestehende radikal zu zertrümmern und unsere eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Mit bürokratischen Konstruktionen könne man die deutsche Wirtschaft nicht aufbauen. Die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten habe uns groß gemacht und nur durch sie könne auch unser großes Wiederaufbauwerk zum Erfolge kommen. Bewahrung der höheren Arbeitsleistung unter die mindere Arbeitsleistung werde nicht geduldet. Das fordere das Wohl des deutschen Volkes.

Im Rahmen dieser Grundsätze die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen, das sei das Problem, das uns zur Lösung gestellt sei. Wie auf politischem, so könne man auch auf wirtschaftlichem Gebiet Befugnisse und Rechte nur herleiten aus der Leistung. Das Tempo unserer Einwirkung auf die Wirtschaft und die Stellenbesetzung in der Wirtschaft sei daher abhängig von der

Heranbildung

eines wirtschaftlichen Führernachwuchses.

Die Betriebsamkeit gewisser Organisationen auf diesem Gebiete sei noch keineswegs der Beweis dafür, daß dieser Nachwuchs bereits vorhanden sei.

Es sei Grundfah der NSDAP., eine Stelle nicht eher neuzubefetzen, solange nicht eine fähigere, durch Leistungen erprobte Persönlichkeit zur Verfügung stehe.

Wer nur an die Vergangenheit denke und sich nicht mit der Zukunft beschäftige, sei ein schlechter Nationalsozialist. Was ihn, den Führer, wirtschaftlich interessiere, sei allein die Zukunftsaufgabe, das deutsche Volk wieder in Arbeit zu bringen und seine volle Konsumkraft wiederherzustellen. Deshalb habe er auch mit Genugtuung Kenntnis genommen von der Anerkennung, die Deutschlands bisherige Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kürzlich in Genf gefunden habe.

Der Führer behandelte im weiteren Verlauf seiner Rede dann

außenpolitische Fragen.

Im Rahmen der Friedenspolitik des neuen Deutschlands sei auch das Konordat mit der katholischen Kirche, die den nationalsozialistischen Staat damit offiziell anerkenne, von Bedeutung. In diesem Zusammenhang wies er auf die neue evangelische Kirchenverfassung hin und erwähnte, daß am übernächsten Sonntag die evangelischen Kirchenwahlen stattfinden würden. Zum Schluß kennzeichnete der Führer in eingehenden Ausführungen die

verschieden gearteten Aufgaben von Regierung und Partei.

Die große und entscheidende Aufgabe der Partei sei die Erziehung des deutschen Menschen, Aufgabe der Regierung, das Leben der Nation funktionell in Gang zu halten. Die Synthese zwischen dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft gelte es zu verwirklichen.

Er kapitulierte bei allem, was er tue, nur vor der Vernunft. Er habe den Ehrgeiz, ohne Rücksicht auf Augenblicksstimungen etwas zu schaffen, was der Kritik der Nachwelt standhalte. Die Partei habe 14 Jahre lang keine Konzessionen an die Populärkeit gemacht, 14 Jahre lang an die Perspektiven gedacht und 14 Jahre lang eine beispiellose Disziplin achtet. Wenn wir in Zukunft nach

diesen bewährten Grundsätzen der Partei handelten, dann werde der Erfolg gewaltig und ein Rückschlag für das deutsche Volk nicht mehr denkbar sein

„Die Bedeutung der Stunde.“

Ein Aufruf des Wehrkreisführers Müller und des Kommissars Jäger.

Gott hat in diesen denkwürdigen Tagen das Wunder der Einigung in der deutschen evangelischen Christenheit vollzogen. Denn es ist wie ein Wunder, daß die deutschen evangelischen Landeskirchen allem geschichtlichen Streit der Verschiedenheit der Bekenntnisse, der deutschen Gründlichkeit und Bedenlichkeit zum Trotz zu einer einzigen deutschen evangelischen Kirche sich vereinigt haben. Diese Kirche vereinigt, wie es in ihrer Verfassung heißt, die aus der Reformation erwachsenen gleichberechtigten nebeneinanderstehenden Bekenntnisse in einem feierlichen Bunde und bezeugt dadurch „ein Leib und einen Geist, ein Herr, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott und Vater unser aller“. Im gläubigen Hinblick auf das große Ziel haben auch die verantwortlichen Männer des Staates ihre verdorbene Aufgabe erfüllt. Menschliche Kurzschichtigkeit gab den unmittelbaren Anlaß zum Eingreifen des Staates, das nie anders als ein ordnendes und helfendes Gedacht war und von dieser vorbezeichneten Linie auch nie abgewichen ist. Niemals dachte der Staat daran, auch nur im geringsten in die Substanz der Kirche eingzugreifen. Es galt vielmehr, lediglich die Voraussetzungen zu schaffen, welche, dann verbunden, der Kirche ermöglichten, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen und ihren Aufbau nach den ihr eigenwilligen Gesetzen zu gestalten.

Es ist Großes erreicht worden. Es ist nicht nur der unselbige Streit über eine Personenfrage mit einem Schläge beendet, es ist auch über alles Erwarten und Hoffen hinaus in freiwilliger Zusammenarbeit aller Kirchen und verantwortlichen Männer das Verfassungswort für die große Einheitskirche fertiggestellt worden, ein Werk, das in aller Kürze die feierliche Verkündigung durch das Deutsche Reich erhalten und dadurch in das Rechts- und Kulturleben des deutschen Volkes eingebaut sein wird.

Dieser Erfolg eilt den ursprünglichen Absichten, das Verfassungswort durch neugebildete kirchliche Körperschaften bestätigen zu lassen, weit voraus. Es lag deshalb der Gedanke nicht fern, das rasche geschichtliche und rechtliche Werden forderte vielmehr geradezu, nun zu allem durch das Volk ein gläubiges und freundes Ja sprechen zu lassen. Dadurch werden alle bisherigen Maßnahmen in eine höhere Sphäre der Vollgültigkeit erhoben. Wenn die Stimme des wirklichen Volkes wie die Stimme Gottes zu betrachten ist, so wird das Volk bei dieser Fortführung der Dinge jedes feindliche Zagen und Bedenken in allen seinen Gliedern zurückstellen. Es wird froh der Tatsache, daß der Knoten der Verwirrung mit einem Schwertschlag gelöst wurde, mit Dank an Gott anerkennen, daß alles bisherige Tun dem Ziele gedient hat, Volk und Kirche, die in vielfacher und großer Entfremdung gegeneinander standen, wieder zueinanderzuführen. Das Volk soll es selbst sein, das in das ja Gottes Ehre gebaute Haus in feierlicher Freudigkeit einzieht.

Dies ist der Sinn der Wahlen, zu denen das ganze deutsche evangelische Kirchengesamte in kürzester Frist summoned soll. Es ist ein Sinn, der hoch über jeden parlamentarisch-demokratischen Brauch steht. Die Wahlen sind das Siegel, das dem vollendeten Werk aufgedrückt werden soll. Das evangelische Kirchengesamte ist deshalb aufgerufen, im Verlehen der geschichtlichen Stunde und der Wege, die uns Gott durch den Aufbruch der Nation hindurch bis heute geführt hat, das Recht und die Pflicht zu erfüllen, sich selbst für das letzte Ziel einzusetzen.

Berlin, 12. Juli 1933.

Der Bevollmächtigte des Reichstanzlers

gez. Wehrkreisführer Müller.

Der Kommissar für die Evangelischen Landeskirchen

in Preußen:

gez. Jäger

Hindenburg dankt dem Kanzler.

Für das Friedenswort in der Evangelischen Kirche.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichstanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm gerichtet:

„Mit großer Freude entnehme ich aus Ihrem Telegramm, daß das Verfassungswort für die Deutsche Evangelische Kirche fertiggestellt und der Kirchenkonkordat in Preußen beigelegt ist. Für diese erfolgreiche Arbeit um die Wiederherstellung des Friedens

innerhalb der Evangelischen Kirche sage ich Ihnen wie auch dem Reichsminister des Innern, Dr. Frick, von Herzen Dank.

Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Die Grundzüge des kirchlichen Verfassungswortes.

Aber die Grundzüge der Verfassung der neuen Deutschen Evangelischen Kirche wird dem Evangelischen Presseamt von unterrichteter Seite u. a. folgendes mitgeteilt:

Die neue Deutsche Evangelische Kirche ist nicht eine Staatskirche. Die Eigenständigkeit der reformatorischen Bekenntnisse ist vielmehr verfassungsmäßig gesichert. Aber dem Bekenntnis steht als einzige Autorität das Evangelium, wie es in der heiligen Schrift bezeugt ist. Der im bisherigen Kirchengesamte verwirklichte Grundfah, daß

Staatsgrenzen keine Kirchengrenzen

sind, ist beibehalten und damit die Pflege der bisherigen engen kirchlichen Beziehungen zwischen dem Mutterlande der Reformation und den deutschen evangelischen Gemeinden in aller Welt gewahrt. An der Spitze der neuen Kirche steht als Führer ein Reichsbischof, der dem lutherischen Bekenntnis angehören muß.

Das Führerprinzip,

das im Reichsbischofsamt Gestalt gewinnt, wird ergänzt durch die Mitwirkung des Kirchengesamtes, die in der Nationalkonferenz ihren Ausdruck findet. Diese ist keine parlamentarische Instanz, sondern sie entspricht dem Grundfah, auch die äußere Form der Deutschen Evangelischen Kirche gemäß dem Neuen Testament zu gestalten. Aus der Nationalkonferenz heraus wird die Kirchenleitung immer wieder frische Impulse und neue Anregungen empfangen.

Neben dem Reichsbischof tritt das Geistliche Ministerium, das den Bischof in der Leitung der Kirche unterstützt. Es besteht aus drei Theologen und einem rechtskundigen Mitglied. Die drei theologischen Mitglieder vertreten die drei Bekenntnisgruppen der Kirche: die lutherische, die reformierte und die unierte. Hier wird der Punkt sichtbar, wo in der neuen Kirche

das reformierte Bekenntnis

auch in den Organen der Kirche gewahrt ist. Das reformierte Mitglied des Ministeriums wird in allen Fragen, die die Wahrung und Pflege seines Bekenntnisses angehen, an Stelle des Reichsbischofs handeln.

Da die neue Deutsche Evangelische Kirche keine Staatskirche ist, enthält die Kirchenverfassung keinen Axioparagraphen. Das schließt nicht die

Ablehr artfremder Einflüsse,

besonders innerhalb der kirchlichen Führung, aus. Die Frage der Artgemäßheit der kirchlichen Führung wird nicht durch die Verfassung bestimmt, sondern durch die Regelung des theologischen Nachwuchses. Hier ist auch der Punkt, wo der Weltprotestantismus, insbesondere der anglikanischen Länder, das geschichtliche Rollen und den christlichen Ernst im deutschen Protestantismus neu einschätzen muß.

Überhaupt man rückblickend den Gang der Ereignisse, die zur Vollendung des kirchlichen Verfassungswortes geführt haben, so wird aufs neue deutlich, wie töricht das Gerede ist, daß der Staat die Kirche unter seine Oberhoheit habe bringen wollen.

Reichsminister Dr. Schmitt über sein Wirtschaftsprogramm.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprach in Berlin vor einem geladenen Kreise führender Persönlichkeiten aus der Wirtschaft über die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Staat. Dr. Schmitt führte hierzu im wesentlichen folgendes an:

Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, d. h. von den aus ihr herausgehenden verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften. Das entscheidende Problem ist die

Zurückführung von fünf Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß.

Wenn es der Regierung gelingt, diese Aufgabe zu lösen und ich habe keinen Zweifel, daß sie gelingt, so werden damit auch alle anderen Probleme gelöst sein. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nicht allein durch künstliche Arbeitsbeschaffung erfolgen. Diese kann nur dazu dienen, die ungeheure Depression mit einem Gewalt-